

(Abgeordneter Müller [Zwickau].)

(A) soll auch jetzt nicht möglich sein, so hat der Herr Vertreter der Königlichen Staatsregierung erklärt. Infolgedessen muß der Ausgleich zweifellos in anderer Weise vorgenommen werden, gegebenenfalls durch Erhöhung der Teuerungszulagen. Und hierzu möchte ich noch ein Wort verlieren.

Meine Herren! Wir vermiffen bei den in Aussicht genommenen Teuerungszulagen schwer den Charakter der Gleichmäßigkeit und Gleichartigkeit dieser Zulagen. Wir wünschen, daß alle Beamten und Arbeiter aus einer Büchse geschmiert werden, denn die wirtschaftliche Not lastet auch auf allen Teilen in gleich schwerer Weise. Die Aussicht, daß man gegenwärtig bei den Staatsarbeitern, ob in Eisenbahn- oder sonstigen Betrieben beschäftigt, wieder eine Ausnahme machen, ihnen die früheren Zulagen anrechnen will, hat in diesen Kreisen äußerst unangenehm berührt und großes Befremden und Unruhe hervorgerufen. Ich meine, die Königliche Staatsregierung mußte sich von solchen zweifelhaften Experimenten fernhalten. Sie hat im vorigen Jahre höhere Teuerungszulagen für die 10- bis 13 000 Mark-Gehälter gewährt, als die 1000 Mark-Gehälter der unteren Beamten betragen, die auf die Zulage von 200 M. jetzt noch warten, eine Zulage, die wir schon im September rückwirkend bis 1. Juli 1917

(B) — so ist allgemein, nicht nur in unseren Kreisen, angenommen worden —, bewilligt haben. Meine Herren! Wie das draußen im Lande, wo Tausende von Existenzen sich kümmerlich und sorgenvoll durchs Leben schlagen müssen, gewirkt hat, das brauche ich hier nicht noch einmal besonders zu dokumentieren, jedenfalls gehören die Äußerungen, die darüber draußen im Lande laut geworden sind, nicht zu den angenehmsten.

Ich meine darum, daß die Regierung sich vor neuen Ausnahmemassregeln in der Bemessung der Teuerungszulagen ganz entschieden hüten muß. Es ist auch klar, daß wir auch sonst noch nach Milderung der durch das Gesetz entstehenden Härten zu suchen bemüht gewesen sind. Der Grundsatz des Ausgleichs dieser Besteuerungshärten bildet für uns die Erweiterung der Einkommensgrenzen in § 12 Abs. 3 sowie auch die Erweiterung des § 13. Wir stimmen den Vorschlägen der Regierung zu, wünschen aber, daß diese Bergünstigung bereits für dieses Jahr, also für 1918, Platz greift. Ob das durch ein besonderes Gesetz ausgedrückt oder im Finanzgesetz dargelegt wird, ist Nebensache. Die Hauptsache ist, daß überhaupt etwas geschieht.

Wenn wir uns damit abfinden müssen, so geschieht das unter Berücksichtigung des Umstandes, daß durch eine weitergehende Befreiung, die uns bei höheren Ein-

kommen durchaus nicht angemessen erscheint, der materielle Vorteil der Vorlage sich ins Gegenteil kehren und aus einem Plus ein Minus werden könnte, das wieder auf steuerlichem Wege ausgeglichen werden müßte. Aus diesem Grunde konnten wir dem auf S. 2 der Druckvorlage gemachten Vorschlage nicht zustimmen. Es hätte sich dann die Möglichkeit ergeben können, daß wir der Regierung hätten zustimmen müssen, unsere Staatsschuld weiter vermehren zu lassen, für deren Deckung doch letzten Endes immer wieder die große Masse der unbemittelten Steuerzahler mobil gemacht würde. Eine solche Steuerpolitik schlägt jeder Vernunft ins Gesicht, die machen wir nicht mit. Sorgen wir dafür, daß in möglichst naher Frist eine großzügige Reform der Einkommensteuergesetze, der staatlichen wie der kommunalen, zustande kommt. Gleichen Sie dort alle Härten möglichst aus und befreien Sie den minderbemittelten Steuerzahler von einem unerträglichen Druck, so werden Sie dadurch zweifellos dem Volke und damit auch dem Staate am besten dienen.

(Bravo! links.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Kleinhempel.

Sekretär Kleinhempel: Meine Herren! Daß die Vorlage Gesetz werden wird, daran hat wohl niemand mehr einen Zweifel, denn alle Parteien sind sich darüber einig, daß es nicht anders gehen wird, als daß Gleichheit bezüglich der Besteuerung von Teuerungszulagen herbeigeführt wird. Die Regierung hat zugesagt, daß sie gegenüber den im öffentlichen Dienst tätigen Arbeitern, den Angestellten und den Beamten den Ausgleich dadurch mit herbeiführen will, daß sie die in Aussicht gestellte Vorlage über die Gewährung einer einmaligen Teuerungszulage einbringt. Meine politischen Freunde haben bereits bei der allgemeinen Vorberatung durch mich erklärt, daß sie erwarten, daß diese Vorlage bald kommt und daß sie so ausfällt, daß sie auch befriedigt. Wir möchten sie auch ausgedehnt haben auf die im Ruhestand Stehenden. Wir erinnern weiter noch einmal daran, und ich tue das im Auftrage meiner politischen Freunde, daß die Wohnungsgeldvorlage, die von beiden Kammern gewünscht worden ist, auch bald kommen möge. Die Teuerungszulagen bitten wir die Regierung doch noch einmal zu prüfen nach der Richtung hin, daß die Härten beseitigt werden, die sich jetzt bei denjenigen Beamten zeigen, die zum Kriegsdienst eingezogen sind. Diese Härten sind sehr fühlbar und bedürfen einer baldigen Beseitigung. Weiter wünschen wir, daß die Härten beseitigt werden, die in bezug auf die Reichsbeamten be-